



JANUAR 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerne informieren wir Sie auch im Jahr 2016 mit der City Aktuell für Charlottenburg-Wilmersdorf über wichtige Themen unseres Bezirks und freuen uns darauf, mit Ihnen im Gespräch zu bleiben.



Das Jahr 2016 wird für unseren Bezirk zum einen neue Herausforderungen bringen und zum anderen von der Bewältigung der bereits bestehenden Aufgaben geprägt sein. Nachdem Charlottenburg-Wilmersdorf im vergangenen Jahr die höchste Anzahl von Schutz suchenden Menschen aufgenommen hat, wird es nun, neben der Versorgung von weiteren ankommenden Menschen, darum gehen, diejenigen, die bleiben, zu integrieren und ihnen eine Perspektive zu bieten. Dazu gehören der Ausbau von Unterkünften, die Vermittlung von Wohnraum, eine gute schulische Versorgung, Angebote der Jugendarbeit und des Sports sowie die Schaffung von weiteren Ausbildungskapazitäten. Kurz gesagt, all das, was jeder Bürgerin und jedem

Bürger unseres Bezirks zur Verfügung stehen sollte. Für das gute Gelingen der Integration werden wir wieder auf die vielen Ehrenamtlichen angewiesen sein, aber letztendlich auch auf jeden von uns. Allen ehrenamtlich Tätigen sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement gedankt, ebenso wie denen, die sich beruflich für die Schutz suchenden Menschen einsetzen.

Die Umgestaltung des Olivaer Platzes kann nun beginnen. Nachdem es der CDU-Fraktion gemeinsam mit einer engagierten Bürgerbewegung gelungen ist, einen Kompromiss zu erreichen, der die Bedürfnisse der Anwohner, der Geschäftsleute, der Generationen und der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Freuen wir uns auf einen modernen Stadtplatz mit hoher Aufent-

haltsqualität.

Etliche Bauvorhaben, sowohl zur Schaffung von Wohnraum als auch Projekte am Kurfürstendamm, werden uns im Jahr 2016 beschäftigen. Oberste Priorität muss bei allen Bauvorhaben Transparenz haben. Die anstehenden Diskussionen müssen offen unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und zudem ideologiefrei geführt werden. Freuen dürfen wir uns im Jahr 2016 auf zusätzliches Personal in unserem Rathaus. Die Anzahl wird nicht ausreichen, um alle Probleme zu lösen, aber immerhin, es ist ein positives Signal, dass der Senat erkannt hat, dass die Bezirke mehr Personal zur Erledigung ihrer Aufgaben bei den Bürgern vor Ort benötigen. Freuen dürfen wir uns auch über eine neu entstehende Jugendfreizeiteinrichtung in der Region Westend und die Umgestaltung der Adolf-Reichwein-Bibliothek.

Wir freuen uns auf den gemeinsamen Austausch mit Ihnen im Jahr 2016.

Mit herzliche Grüßen
Susanne Klose

Fraktionsvorsitzende der
CDU-Fraktion
Charlottenburg-Wilmersdorf

AUS DEM INHALT

SEITE 2

Berliner Haushalt beschlossen
Flüchtlinge in Charlottenburg-Wilmersdorf

SEITE 3

Wie geht es weiter mit dem
Hardenbergplatz?
Neugestaltung des
Olivaer Platzes

SEITE 4

Verkehrskonzept für Char-
lottenburg-Wilmersdorf

SEITE 6

Kita an der Autobahn

SEITE 7

BB im Rathaus Schmargendorf

SEITE 8

Neues aus der Bezirksver-
ordnetenversammlung
Mehr Geld für den Sport in
Berlin!

SEITE 9

Es leben die Europa-Schulen!
Neues aus Westend

SEITE 10

Kunstpries Charlottenburg-
Wilmersdorf
Sicher vor Einbrüchen

SEITE 11

Bericht aus dem Denkmal-
beirat

SEITE 12

Fahrradschnellwegnetz für
Berlin



DIPL.-FINANZWIRT
THILO PETER
STEUERBERATER

Hohenzollerndamm 40
(Ecke Konstanzer Straße)
10713 Berlin-Wilmersdorf

Phone +49 (0)30. 88 55 01 18
Fax +49 (0)30. 88 55 01 17
www.steuerberater-peter-berlin.de

WIE GEHT ES WEITER MIT DEM HARDENBERGPLATZ?

Seit Jahren wird über eine Umgestaltung des Hardenbergplatzes diskutiert. Der Zoo wünscht sich einen besser sichtbaren Eingang, andere eine autofreie Zone am Tiergarten, wieder andere eine gute Erreichbarkeit des Bahnhofes Zoologischer Garten für Bahnreisende sowie für Angehörige. Klingt nach der Quadratur des Kreises. Und im Endeffekt passiert einfach mal gar nichts.

Die CDU-Fraktion wünscht sich eine Tiefgarage. Auf diese Weise kämen die Fahrzeuge unter die Erde, ohne dass Parkplätze, die insbesondere in Bahnhofsnähe dringend gebraucht werden, wegfallen. Sogar der Anlieferverkehr für das Bikinihaus könnte unter der Erde



Foto: Angela Monika Arnold

verschwinden. Taxen und Busse hätten dennoch eine oberirdische Vorfahrt und könnten im Kreis über die Lebensstraße an- und abfahren. Oberirdisch würde man dadurch den Platz zurückgewinnen und könnte dem Zoo und seinen Besuchern eine attraktive Eingangssitu-

ation sowie der Bevölkerung allgemein einen Stadtplatz zurückgeben. Warum die rot-grüne Zählgemeinschaft – ja, die soll es noch geben! – Tiefgaragen verteufelt, bleibt ihr Geheimnis. Allerdings ist es kein Geheimnis, dass keine Tiefgarage wirtschaftlich geführt werden kann, wenn

man die Anzahl der Stellplätze von vornherein unter eine kritische Größe begrenzt. Pure Ideologie, die Bürger erziehen zu wollen, ist hier fehl am Platz. Der Hardenbergplatz könnte ein gutes Beispiel für einen gesunden Mix aus Öffentlichem Nahverkehr und Individualverkehr sein. Selbst Fahrradfahrern könnte ein gutes Angebot gemacht werden durch den Bau eines Fahrradparkhauses. Die CDU-Fraktion setzt sich hier auch weiterhin für eine gesunde Mischung zur Neugestaltung ein.

NEUGESTALTUNG DES OLIVAER PLATZES

In ihren Sitzungen im November haben sich der Stadtentwicklungsausschuss und anschließend die BVV abschließend mit dem Thema der Neugestaltung des Olivaer Platzes eingehend auseinandergesetzt. Damit ging ein langer, über mehrere Jahre dauernder, sehr intensiv geführter Debatte über die Frage zu Ende, ob und wenn ja wie, der Olivaer Platz umgestaltet werden soll.

Diese Diskussion wurde von allen Seiten sehr leidenschaftlich und engagiert geführt. So haben es sich

auch die Gremien der BVV, insbesondere der Stadtentwicklungsausschuss, nicht leichtgemacht. Es galt, zwischen den verschiedenen Lagern, die von „alles soll so bleiben wie es ist“ bis „keine Parkplätze nur noch Grünfläche“ gingen, abwägend zu vermitteln. Hierzu wurde ein Runder Tisch eingerichtet, an dem die Ausschussmitglieder und jeder interessierte Bürger teilnehmen konnte, und der – unter Zuhilfenahme einer Planungswerkstatt – versuchte, die Gesamtdiskussion aus drei Richtungen heraus zu betrachten. So

wurde versucht, die Interessen hinsichtlich der Parkmöglichkeiten für PKW, der Gestaltung der Grünfläche als solche und der Errichtung eines Spielplatzes für Kinder, zunächst getrennt zu betrachten und dann zu einer Lösung zusammenzuführen.

Dieses ist nach Ansicht der CDU-Fraktion letztlich auch geglückt. Besonders deutlich wird dies, wenn man die Ausgangslage betrachtet, mit welcher man in die Diskussion gestartet war. Am Anfang stand nämlich ein Beschluss der Mehrheitlich von SPD und Grünen dominier-

ten BVV, wonach es gar keine Parkplätze mehr auf dem neugestalteten Olivaer Platz geben sollte. Dem stand der Wille einer zunächst breit aufgestellten Bürgerbewegung entgegen, die alle Parkplätze auf dem Olivaer Platz erhalten wollte. Die CDU hatte diese Bürgerbewegung unterstützt. Die SPD musste sehr schnell erkennen, dass sich ihr ursprünglicher Wille, nämlich alle Parkplätze auf dem Olivaer Platz zu vernichten, nicht durchhalten lassen wird. Da allerdings die CDU in der BVV nicht über eine eigene Mehrheit verfügt,

sondern gegen die rot-grüne Mehrheit ankämpfen muss, ist der erreichte Kompromiss, den die CDU-Fraktion initiiert und mit Nachdruck vorangetrieben hat, umso beachtlicher.

Danach wird es auch zukünftig die Möglichkeit des PKW-Parkens auf dem Olivaer Platz geben. Dazu wird in dem östlichen Bereich des Platzes eine sogenannte multifunktionale Fläche neu errichtet, auf der 60 PKW-Stellplätze eingerichtet werden. Zusätzlich soll es auch Lade-

möglichkeiten für Elektro-PKW und Elektro-Fahrräder geben.

Ferner wird auf der nördlichen Seite des Platzes ein abgegrenzter, ca. 800 qm großer Kinderspielplatz neu gebaut. Ebenso soll es weitere, dezentral angeordnete Spielangebote für Kinder geben.

Damit wird der Olivaer Platz nach Auffassung der CDU-Fraktion in allen Bereichen den Anforderungen eines modernen Stadtplatzes gerecht!



VERKEHRSKONZEPT FÜR CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Die CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich für eine moderne Verkehrspolitik ein, die das Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer sicher, nachhaltig und effizient organisiert.

Neben den ohnehin besonders hohen Anforderungen an die Verkehrsplanung in einer Metropole wie Berlin, ist insbesondere im innerstädtischen Bereich mit seinen wirtschaftlichen und touristischen Schwerpunkten eine komplexe Betrachtung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Anwohnern, Gewerbetreibenden, Arbeitnehmern und Besuchern von Nöten. Angesichts der bereits vorhandenen baulichen Dichte und dem damit einhergehenden Mobilitätsanspruch einer Vielzahl un-

terschiedlichster Verkehrsteilnehmer, gestaltet sich die Aufgabe der Entwicklung aufeinander abgestimmter verkehrlicher Konzepte überaus anspruchsvoll.

Für uns ist die Verwirklichung einer bezirklichen Verkehrspolitik, die die individuelle Mobilität bei Erhaltung einer hohen Wohn- und Aufenthaltsqualität ebenso im Auge hat, wie die Leistungsfähigkeit der öffentlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur, oberste Zielsetzung.

Verkehrspolitik hat einen entscheidenden Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen in unserem Bezirk. Es gilt daher, die Bedürfnisse der unterschiedlichen Zielgruppen in dieser Frage miteinander in Einklang zu bringen und dabei unvermeidbare Belastungen für

Mensch und Umwelt so gering wie möglich zu halten.

Vor allem kommt es darauf an, für ein möglichst konfliktfreies Miteinander zwischen Kraftfahrern, Radfahrern, Fußgängern und dem ÖPNV zu sorgen. Auch die besonderen Bedürfnisse von Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderung gilt es zu beachten.

Schon seit langem fordert die CDU-Fraktion daher die Entwicklung eines bezirklichen Verkehrskonzeptes durch das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf.

Mittlerweile liegt hierzu den Bezirksverordneten ein Entwurf aus dem zuständigen Fachbereich des Stadtrates Marc Schulte (SPD) vor, der neben unterstützenswerten Ansätzen beim Ausbau des Radwegenetzes, der Fahrbahninstandsetzung

STANDHEIZUNG
AB € 1.098,-*

Jetzt nachrüsten!
Inklusive Einbau und Vorwahluhr.

standheizung.de

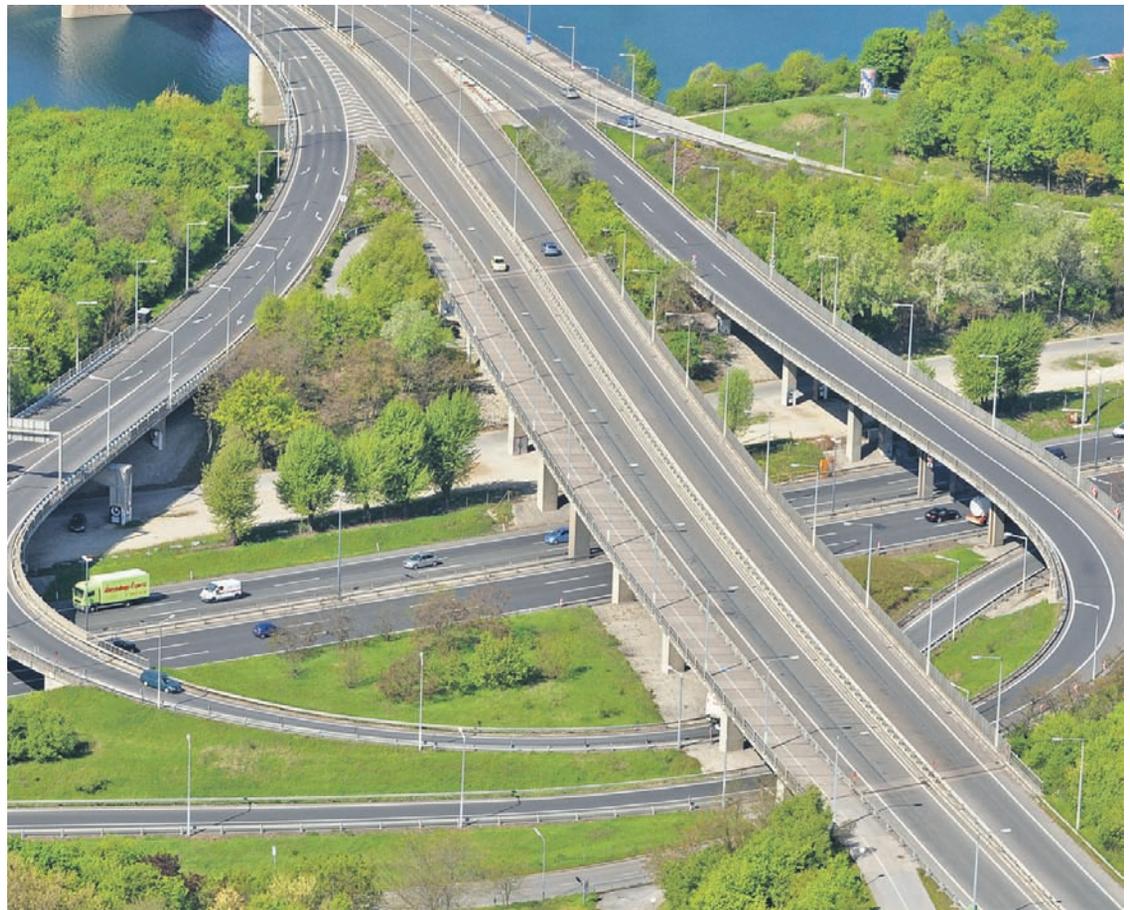
Bosch-Service Holtz
Dovestraße 7
10587 Berlin-Charlottenburg
Tel.: 030 / 391 78 54
www.bosch-service-holtz.de

* UVP inkl. 19 % MwSt., Vorwahluhr und Einbau. Angebot gültig nur für bestimmte Fahrzeugmodelle und bei allen teilnehmenden Partnern. Nicht mit Preisaktionen kombinierbar.

und der Erhöhung der Verkehrssicherheit, leider auch deutliche Versuche der Ideologisierung von Stadt- und Verkehrsplanung beinhaltet.

Es darf bezweifelt werden, ob die im Konzeptentwurf vorgetragene Übergewichtung der Strategien von Verkehrsvermeidung und -verlagerung allein zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs den Bedingungen und Bedürfnissen des innerstädtischen Raumes gerecht wird. Allein das Beispiel Oivaer Platz, welches im Konzeptentwurf ausdrücklich als positives Beispiel für die Neugestaltung und Qualifizierung öffentlichen Raumes benannt wird, hat gezeigt, dass eine radikale Reduzierung, beispielsweise von Parkplätzen, auf hartnäckigen Widerstand von Seiten eines Großteils der Bevölkerung stößt. Politische Willkür bewirkt hier Bürgerprotest. Im Ergebnis konnte durch die Beharrlichkeit von Bürgerinitiativen und der CDU-Fraktion nun ein Kompromiss erzielt werden, der den Erhalt zumindest der Hälfte der bisherigen Stellplätze für Pkws vorsieht.

Nach wie vor findet sich jedoch im bezirklichen Verkehrskonzept nicht einmal im Ansatz die Überlegung, durch die Neuanlage öffentlicher oder privater Tiefgaragen (z.B. unter dem Hardenbergplatz) auf die reale Entwicklung des Verkehrsaufkommens angemessen zu reagieren. Stattdessen sollen weitere Bereiche der Innenstadt verkehrsberuhigt bzw. durch die Anordnung weiterer Tempo-30-Zonen „ent-



schleunigt“ werden.

Sicher ist festzuhalten, dass bereits heute auf vielen Straßen infolge des Verkehrsaufkommens oft nicht schneller als Tempo 30 gefahren werden kann, jedoch bedarf es für eine Anordnung ein besonderes Augenmaß. Die beliebige Schaffung von Tempo-30-Zonen führt zu einer Verkehrsverdrängung in die Nebenstraßen und damit zu erheblichen Beeinträchtigungen für die dortigen Bewohner. Die Folge wäre schließlich die flächendeckende Einführung dieser Zonen und damit ein Verkehrsinfarkt.

Unverhohlen soll aber durch die Beschränkungen für den motorisierten Individualverkehr die Bevölkerung „umerzogen“ werden, damit die persönlichen Mobilitätsansprüche ad acta gelegt werden. Unter dem

Deckmantel der Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV, bzw. den Rad- oder Fußverkehr, wird hier dem Bürger die eigene Verkehrsideologie aufgezwungen. Im Konzeptentwurf heißt das dann u. a. „Gestaltung des ruhenden Verkehrs mit Beeinflussung des Verkehrsmittelwahlverhaltens“.

Auch die wiederum geforderte Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftungszonen aus rein fiskalischen Gründen gegen den bereits einmal erklärten Willen der Bevölkerung zeugt von dem besonderen Demokratieverständnis der Verfasser. Dass zudem im Konzeptentwurf vorhandene Parkflächen zur Nutzung als „Schankfläche“, temporäre Parks oder für die weitere Installation von Fahrradabstellanlagen aufgegeben werden sollen, zeigt die Qualität und Einseitigkeit

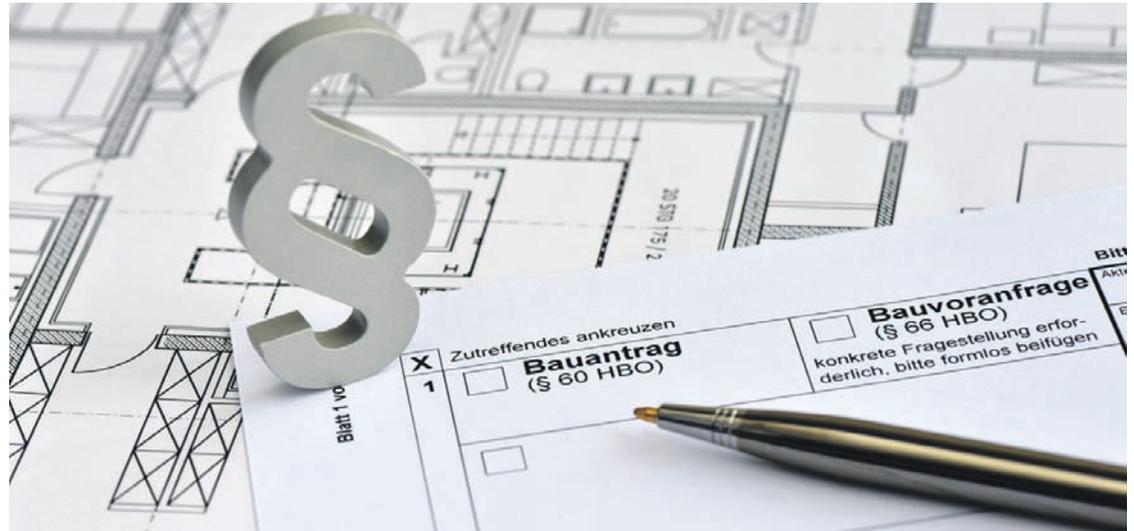
der Maßnahmen.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass der vorgelegte Konzeptentwurf dem Anspruch einer komplexen Verkehrsplanung nicht gerecht wird und dieser eher versucht, mit bürokratischer Regelungswut die realen Verhältnisse zu leugnen bzw. ohne jede Bürgerbeteiligung ändern zu wollen. Die Gängelung der Charlottenburger und Wilmersdorfer Bürger steht aber genau im Gegensatz zu einem von uns gewünschten kooperativen Miteinander aller Verkehrsteilnehmer. Die CDU-Fraktion wird sich daher in die weitere Diskussion konstruktiv einbringen, um die Attraktivität unseres Bezirkes für seine Bewohner und Gäste auch weiterhin sicherstellen zu können.

KITA AN DER AUTOBAHN ODER WIE VERGEIGE ICH EINE BAUGENEHMIGUNG?

Der Neubau im südlichen Teil der Seesener Straße bewegt seit einiger Zeit die Gemüter, und nicht nur die der Anwohner. Ein hoher Betonriegel, der keinerlei Schönheit in die Gegend bringt, sondern die Wehmut der zugebauten Freifläche eher verstärkt. Dass wir uns nicht missverstehen, Wohnungsbau hat die Stadt dringend nötig und dort, wo das Planungsrecht es zulässt, soll dieser auch entstehen, somit auch an der Seesener Straße. Aber die Frage ist, unter welchen Umständen und in welcher Art und Weise! Eine einfache Riegelbebauung, die „quadratisch, praktisch, gut“ in die Höhe gezogen wird, stellen wir uns darunter jedenfalls nicht vor. Aber davon wurden wir als Fraktionen alle überrascht.

Allerdings ebenso überrascht mussten wir im Spätsommer zur Kenntnis nehmen, dass die Bauge-



nehmung derart „schräg“ gestrickt ist, dass sie unter der Auflage erteilt wurde, dass eine Kindertagesstätte mit 26 Plätzen gebaut werden muss. Sie werden sich fragen, was ist an Kinderbetreuung schlecht? Nichts, im Gegenteil. Wir brauchen sie insbesondere in Halensee dringend und finden sie gut. Nur seltsam, dass die nach Bauordnung notwendigen Spielplätze als nicht genehmigungsfähig angesehen wurden, weil die vorhandenen Freiflächen zu lärminten-

siv und anderen Emissionen ausgesetzt seien. Aber eine Kita mit noch höheren Ansprüchen an Freiflächen soll dann Voraussetzung für die Befreiung von den bauplanungsrechtlichen Vorgaben (Voraussetzungen) sein?

Sie fragen sich, ob anderenfalls die Baugenehmigung verfele? Nun ja, nicht ganz. Sollte eine Kita nicht genehmigungsfähig sein, dann darf der Bauherr zwar den gesamten Riegel bauen, aber über 40 % des dann fertigen Gebäudes ohne Zustimmung des Landes nicht nutzen. Das verstehen wir als CDU-Fraktion nicht mehr. Ich erteile eine Genehmigung unter einer Auflage und wenn diese nicht erfüllt wird, lasse ich einfach einen Großteil des Gebäudes leer stehen. Das mit Verlaub macht keinen Sinn und wäre vermutlich auch nicht gerichtlich durchzuhalten. Wer also bitte lässt sich eine derartige Auflage einfallen? Keinerlei sonstige Strafen etwa in Geldform, keinerlei Kontrolle und Wissen, ob denn

die Auflage überhaupt erfüllt wird, bis kritische Nachfragen kommen??? Denn die Genehmigungsbehörde ist die Kitaaufsicht bei der Senatsbildungsverwaltung. Das ist uns zu einfach. Ein Baustopp wäre vermutlich unverhältnismäßig, solange der Bauherr nachweist, dass er zumindest in einem Planungsverfahren der Kita ist und das tut er, wenn auch wieder nur auf Nachfrage. Sollen wir uns nun also auch noch auf einen zum Teil leer stehenden Betonriegel „freuen“? Dieses Verfahren versteht keiner mehr. Aber die CDU-Fraktion wird es weiter kritisch begleiten.

Ach, und übrigens nur als Nachtrag: Wilde Spekulationen über die Anzahl der Wohnungen und ähnliches durch die Bürgerinitiative über das Bauprojekt, das nördlich angrenzt bis zum Henriettenplatz, helfen da auch nicht weiter, sondern sind allenfalls Ängste schürend. Dazu gibt es eine Anwohnerversammlung am 12. Januar.



Freizeit in Stereo.

Wöchentlich mehr als 200 Stunden Freizeit, Fitness & Fun

Am besten, Sie buchen noch heute!
Gesellschaftstanz für alle Alters -und Leistungsklassen

<ul style="list-style-type: none"> - Hochzeits- und Crashkurse - Discofox - Salsa/Merengue/Bachata - Rock´n´Roll/Swing - Flamenco - Bauchtanz - Ballett/Gymnastik/Aerobic 	<ul style="list-style-type: none"> - Videoclip-Dancing/ Hip Hop - Discodance - Tango Argentino - Jazz-/Musical-Dance - Kindertanz - Seniorentanz - Das Tanzschuljahr
--	---

Jeden Monat neue Grundkurse - Gemütliche Gastronomie
- Raumvermietung - Veranstaltungen

Askanierring 155 - 13585 Berlin - www.tanzschule-broadway.de
info@tanzschule-broadway.de - Telefon 030/375 20 20 - Telefax 030/375 95 803

BB IM RATHAUS SCHMARGENDORF

Bildungsstandort wird barrierefrei weiterentwickelt

Die Zukunft des Bildungsstandortes Rathaus Schmargendorf ist seit geraumer Zeit Gegenstand von Diskussionen zwischen Politik und engagierten und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Aus vielen gemeinsamen Gesprächen, Begehungen vor Ort sowie Ideen und Wünschen verschiedener Zielgruppen ist nun ein Konzept zur Weiterentwicklung des Komplexes entstanden.

Und, für Berlin eher ungewöhnlich, bereits 2016 beginnen die dafür notwendigen (Um-) Baumaßnahmen. Was aber ist denn nun konkret geplant?

Am Rathaus Schmargendorf wird an der linken Au-

ßenwand ein Aufzug angebaut, der das Gebäude dann in allen Etagen barrierefrei erschließt – damit realisiert der Bezirk einen weiteren Baustein der UN-Behindertenkonvention. So werden Staatsangehörigkeitsbehörde, Standesamt mit Trausaal, Partnerschaftsverein und Heimatverein besser erreichbar sein.

Der ehemalige Ratskeller wird zukünftig die Mensa der Carl-Orff-Grundschule aufnehmen und außerhalb der Essenszeiten weitere Angebotsflächen für Schule und Hort bereitstellen. Endlich wird auch der Küchenbereich eine angemessene Größe haben. Die Zuwegung zur Mensa wird so neu angelegt,

dass die Kinder das Schulgelände nicht verlassen müssen und die Mensa barrierefrei zugänglich ist. Dies wird mit Schule und Hort abgestimmt, ebenso wie die notwendigen Umbauten im Innern des Ratskellers.

Der mit dem Umzug freierwerdende Flachbau wird zukünftig die Adolf-Reichwein-Bibliothek als Familienbibliothek aufnehmen. Sie wird dann ebenfalls barrierefrei und auch direkt vom Schulgelände aus zugänglich sein. Die Zusammenlegung von Erwachsenen- und Kinderbibliothek auf einer Ebene (statt bisher verteilt auf zwei Stockwerke) erlaubt dann trotz knapper Personalressourcen mehr Öffnungs-

zeiten und erleichtert die Ausleihe. Außerhalb der regulären Öffnungszeiten stehen die Räumlichkeiten dann ebenfalls für die Nutzung durch Schule und Hort zur Verfügung – so kann moderne, ressortübergreifende Zusammenarbeit aussehen. Die jeweiligen Leiterinnen haben jedenfalls schon viele Ideen wie sie diese neue Situation nutzen können.

Die bisher von der Bibliothek belegten Räume im Rathaus Schmargendorf selbst werden wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zugeführt – sie werden zu Büroräumen. Nachdem im Land Berlin seit mehr als einem Jahrzehnt unter roter Regierung ein kaum nachvollziehbarer Personalabbau betrieben wurde, ist seit der Regierungsbeteiligung der CDU die Erkenntnis gereift, dass eine wachsende Stadt zur Erledigung ihrer Aufgaben auch ausreichend Personal benötigt. Allerdings müssen die so lang ersehnten neuen Beschäftigten jetzt auch einen Arbeitsplatz erhalten und so kommt das alte Rathaus wieder zu neuen Aufgaben.

Alles in allem eine Situation, bei der alle Betroffenen nur gewinnen – und das ist bekanntermaßen selten. Freuen wir uns also gemeinsam auf den „neuen“ Bildungsstandort am Berkaer Platz.



NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETEN-VERSAMMLUNG



Dialog Display am Rudolf-Mosse-Stift

Nach den positiven Erfolgen durch die Aufstellung von Dialog Displays an besonders für Fußgänger gefährlichen Straßen, hat sich die CDU-Fraktion in einem Antrag erfolgreich dafür eingesetzt, dass beim nächsten Standortwechsel ein Dialog Display in der Mecklenburgischen Straße am Rudolf-Mosse-Stift aufgestellt wird. Insbesondere in der nahen Umgebung von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen muss die Verkehrssicherheit durch Schutzmaßnahmen unterstützt werden. Langfristiges Ziel muss es sein, die

Anzahl der Dialog Displays im Bezirk dauerhaft zu erhöhen.

Barrierefreier Zugang in der Schlange

Barrierefreies Bauen / Umbauen sollte heutzutage eine Selbstverständlichkeit sein. Leider mussten wir feststellen, dass dem nicht immer so ist. Auf Initiative der CDU wurde das Bezirksamt gebeten, bei der degewo mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die Zugänge zu den neu erstellten Müllplätzen in der Wohnanlage Schlangebader Straße barrierefrei umgestaltet werden.

Sportanlagenanierungsprogramm (SSP) aufstocken

Die CDU-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der die Aufstockung der Mittel des Sportanlagenanierungsprogramms von 9 Mio. € auf 18 Mio. € forderte.

Dieser hatte nicht nur in

der BVV eine Mehrheit gefunden, sondern fand erfreulicherweise auch in den Haushaltsberatungen des Abgeordnetenhauses Zustimmung. Ab dem Jahr 2017 wird das Sportanlagenanierungsprogramm mit 18 Mio. € ausgestattet sein. Ein toller Erfolg für den Sport in den Bezirken und damit auch für die Kinder- und Jugendarbeit und die Gesundheitsprävention aller Altersgruppen.

Unterkünfte für obdachlose Frauen

Auch in unserem Bezirk steigt leider die Zahl der obdachlosen Menschen. Selbstverständlich hat die Verhinderung von Obdachlosigkeit Priorität, aber wenn sie dann doch eintritt, müssen wir auch hier ein besonderes Augenmerk auf Probleme bei der Zurverfügungstellung von Unterkünften haben. Die

CDU-Fraktion hat in einem Antrag die Schaffung von Unterkünften oder einem Anteil von Räumlichkeiten gefordert, die ausschließlich Hilfe suchenden Frauen zur Verfügung stehen sollen.

Endlich ein Bibliotheksgesetz

In einem Antrag fordert die CDU-Fraktion von der zuständigen Senatsverwaltung endlich ein Bibliotheksgesetz zu schaffen. Für die CDU sind Bibliotheken Bildungseinrichtungen und gehören damit zu den Pflichtaufgaben eines Landes. In einem Bibliotheksgesetz muss dies festgeschrieben sein, ebenso wie die dazugehörigen Mindeststandards der Ausstattung. Bibliotheken dürfen nicht je nach Kassenlage eines Bezirks oder des Landes betrieben werden, sondern müssen nach verlässlichen Kriterien finanziert werden.

MEHR GELD FÜR DEN SPORT IN BERLIN!

Gastbeitrag von Staatssekretär Andreas Statzkowski

Der beschlossene Haushalt des Landes Berlin ist für den Staatssekretär für Sport Andreas Statzkowski (CDU) ein großer Erfolg, da erhebliche zusätzliche Gelder für den Berliner Sport eingestellt wurden.

Für die Berliner Bäder wurden 5 Millionen € zu-



sätzlich vorgesehen, damit gibt Berlin in jedem Jahr 55 Millionen € für seine Bäder aus. Seit 2001 waren noch nie so viele Bäder am Netz wie heute. In das Olympiaschwimmstadion werden in einer ersten Rate 3,5 Millionen in die Baulichkeiten investiert. Außerdem werden in Mariendorf und in Pan-

kw zwei neue Bäder in den kommenden Jahren gebaut. Auch für die maroden Bäder, die unter Rot-Rot schwer vernachlässigt wurden, werden zukünftig 6 Millionen € investiert.

Für die Berliner Bezirke werden die Gelder für das Sportanlagenanierungsprogramm von 9 Millionen € auf 18 Millionen € in 2017 aufgestockt. Damit werden die Mittel insgesamt verdoppelt. Ein eindrucksvolles Zeichen um die unter Rot-Rot ver-

nachlässigte Infrastruktur Berlins in Ordnung zu bringen. Damit kann der marode Sportplatz des heimischen Vereins von den Bezirken deutlich eher saniert werden.

Die Berliner sind bekanntermaßen sportbegeistert. Allein im Jahr 2015 fand das Champions League Finale im Fußball und im Volleyball, der Europacup im Handball, die Weltmeisterschaften im Modernen Fünfkampf und im Cheerleading sowie die Europameisterschaften der

jüdischen Sportler sowie im Basketball statt. Davon haben die Berliner etwas, aber auch unsere Besucher, die mithelfen, dass sich Berlin wirtschaftlich gut entwickelt und weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier werden in die Veranstaltungen und Sportstätten ca. 3,5 Millionen € aus der City-Tax investiert.

Aber auch sonst werden zusätzliche Gelder für den Sport vorgesehen: mehr Geld für die vielen Übungsleiter

der Vereine, zusätzliche Trainerstellen, Lohnanhebungen für Festangestellte sowie finanzielle Unterstützung der Vereine für Sportangebote für Flüchtlinge.

Die Programme zur Unterstützung der Vereine wie das Teilhabeprogramm und das Vereinsinvestitionsprogramm werden ungekürzt fortgeführt.

Der Haushalt des Berliner Sports steigt damit von 78 Millionen auf 96 Millionen €!

ES LEBEN DIE EUROPA-SCHULEN!

Der Schreiber dieser Zeilen ist dreizehn Jahre in die Vorform der Europaschule gegangen, aus der er dann mit vier Fremdsprachen Abi machte. Zwanzig Jahre später führte die vernünftigste Schulsenatorin aller Zeiten, H. R. Laurien, dieses Modell in Berlin ein.

Kein Wunder, dass wir damals mit dem Volksbildungsstadtrat Andreas Statzkowski einen gehörigen Teil der Europaschulen (SESB) für den Bezirk an Land gezogen haben. Und das, bevor zweisprachige Privatschulen etabliert und der fragwürdige Versuch des Frühenglisch gestartet wurden. Kinder können bei uns in Charlottenburg-Wilmersdorf Englisch, Spanisch, Französisch und Polnisch als Ausgangssprache haben; polyglotter geht es in keinem Bezirk.



Diese Spitzenstellung unseres Bezirks ist aber auch klar der CDU zu verdanken. Wir werden weiter wachsam bleiben, nicht, dass die Europaschulen trotz ihrer Beliebtheit bei den Eltern einer Nivellierung wegen vermeintlicher Elitebildung zum Opfer fallen. Vor allem fordern wir, wegen des sprachlichen Frühstarts, die Wiedereinführung der von Rot-Rot gestrichenen Vorklasse.

NEUES AUS WESTEND

Die CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf hat in den letzten Jahren häufig die Anliegen der Bürgerinitiativen im Bezirk unterstützt und sich für deren Umsetzung eingesetzt.

Dies war schon 2005 der Fall, als unsere Fraktion einen BVV-Beschluss für die Einrichtung eines Jugendfreizeitheims in den Räumen der Robert-Bosch-Oberschule erwirkte. Dieses sollte als Ersatz für das durch Rot-Grün geschlossene JFH in der Soorstraße dienen. Doch bis heute wurde unser Beschluss durch die von Rot-Grün geführten Ressorts nicht umgesetzt.

Unterstützung erhielten wir zu unserer Freude durch das Kinder- und Jugendparlament. Dieses ermittelte einen neuen möglichen Standort für ein Jugendfreizeitheim am Ruhwaldpark. Dort machten wir uns als



einzigste Fraktion durch mehrfache Ortsbesichtigungen sachkundig. Nachdem wir im Jugendhilfeausschuss mit harten Interventionen den Verhinderungsplänen von Bürgermeister Reinhard Naumann (SPD) einen Riegel vorgeschoben hatten, kam das Ruhwald-Jugendfreizeitheim endgültig in die Planung.

Vor einigen Wochen ist ein renommierter freier Träger gefunden worden, wodurch die Umbauarbeiten zeitnah starten können.

Prima gelaufen! Auch in der Zukunft werden wir uns weiterhin für die Vorschläge aus der bezirklichen Jugend stark machen.

KUNSTPREIS CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Die City West ist seit langem ein sehr kunst- und kulturnaher, ja – begeisterter Stadtteil.

Die kommunale Galerie gehört berlinweit zu den besten ihres Genres. Die Villa Oppenheim bezeugt mit der Ausstellung der Kunstsammlung Charlottenburg die lange Tradition dieser Vorliebe und zahlreiche private große und kleinere Museen, Sammlungen und Galerien sind in Charlottenburg-Wilmersdorf ansässig. Darüber hinaus bietet der Bezirk in eigenen Immobilien den vielen Kunstschaffenden einen bezahlbaren Atelierraum und „leistet“ sich ein eigenes kleines Theater Coupé, das gemietet werden kann. Sichtbare Ausprägung dieses kunst- und kulturfrendlichen Klimas ist die Künstlerkolonie rund um den Ludwig-Barney-Platz,



die seit 1927 Ort des Wohnens und des Schaffens zahlreicher Künstlerinnen und Künstler ist.

Da war es nur folgerichtig, dass Charlottenburg-Wilmersdorf einen eigenen Kunstpreis auslobt. Am 1. November 2015 war es dann soweit.

Dazu Kulturstadträtin Dagmar König: „Der Kunstpreis Charlotten-

burg-Wilmersdorf wird in 2015 zum ersten Mal vergeben. Mit dem Preis werden Künstlerinnen und Künstler ausgezeichnet, die im Bezirk leben und arbeiten. In diesem Jahr wurde der Kunstpreis für die Gattung Malerei ausgelobt. Den Preis erhielt die Künstlerin Margareta Hesse. Die Auszeichnung ist mit einer Einzelausstellung in der Kommunalen Galerie Berlin und

einem Katalog verbunden. Der vom Fachbereich Kultur des Bezirkes Charlottenburg-Wilmersdorf ausgelobte Kunstpreis für Bildende Kunst will dazu beitragen, herausragende Werke vorzustellen und zu würdigen.“

Eine unabhängige Jury entschied über die Vergabe des Preises. In diesem Jahr oblag es Dr. Julia Wallner, Direktorin des Georg-Kolbe-Museums Berlin, Joachim Becker, Kurator und Lehrbeauftragter an der Universität der Künste Berlin, und Karl Hans Schumacher, Kurator GEHAG-Forum Berlin, aus den über siebzig eingereichten Bewerbungen eine Auswahl zu treffen und die Auszeichnung zu vergeben.

Die Resonanz des Publikums war großartig und hat den Bezirk darin bestärkt, der Kultur auch weiterhin eine wichtige Rolle einzuräumen.

SICHER VOR EINBRÜCHEN: KFW STARTET EINBRUCHSCHUTZ-FÖRDERPROGRAMM

Gastbeitrag von Klaus-Dieter Gröhler Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Einbruchszahlen steigen stetig. Allein in Berlin finden jährlich rund 13.000 Wohnungseinbrüche statt; die meisten davon in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitte. Unser Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf gehört mit zu den Orten in Deutschland, die besonders unter Einbruchskriminalität leiden.

Hintergrund hierfür ist der verhältnismäßig hohe Anteil an leicht aufzubrechenden Altbau-Wohnungstüren. „Es war dringend notwendig, auch den privaten Einbruchschutz steuerlich zu fördern. Ein Wohnungseinbruch hinterlässt nicht nur materiellen Schaden, sondern führt oft dazu, dass die Betroffenen sich in ihrem eigenen Zuhause nicht

mehr sicher fühlen. Ich freue mich, dass nach dem Gewerbenun auch Privatpersonen von staatlicher Hilfe beim Schutz gegen Wohnungs- und Hauseinbruch profitieren können!“, sagt Klaus-Dieter Gröhler, Wahlkreisabgeordneter von Charlottenburg-Wilmersdorf. Bereits im Frühjahr hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundesta-

ges auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion 30 Millionen Euro für die Jahre 2015 bis 2017 als Zuschuss für private Maßnahmen zum Einbruchschutz gebilligt. Am 19. November 2015 ist das Förderprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) schließlich gestartet. Mit

dem Programm können jetzt Mieter und Eigentümer von Wohnraum einen Zuschuss der KfW zu Sicherungsmaßnahmen erhalten. Der Zuschuss beträgt bei 10 % der Investitionssumme 200 bis max. 1.500 € pro Wohneinheit. Anspruchsberechtigt ist, wer mindestens 2.000 € investiert. Der Antrag muss vor Beginn des Umbaus bei der KfW gestellt werden.

Weitere Informationen sowie die Antragsunterlagen findet man auf www.kfw.de. Details zur Antragstellung teilt Klaus-Dieter Gröhler, Mitglied des Haushaltsausschusses, gerne auf Anfrage mit. Einfach eine E-Mail mit dem Stichwort „Eigentumsschutz“ an klaus-dieter.groehler@bundestag.de senden.



BERICHT AUS DEM DENKMALBEIRAT

Die Bezirksverordnetenversammlung hat vor einigen Jahren einen Denkmalbeirat eingerichtet.

Die Mitglieder dieses Beirats setzen sich u.a. aus je einem Vertreter der Fraktionen sowie aber auch aus Denkmalexperten zusammen, deren Aufgabe es ist, die Bezirksverordneten, insbesondere aber das Bezirksamt, „bei Angelegenheiten, die Bau- oder Gartendenkmäler des Bezirkes betreffen, zu beraten“.

Eines der Ziele des Denkmalbeirates ist, den schnellen Abriss von denkmalgeschützten bzw. denkmalgeschützten Gebäuden zu verhindern. Letzteres geschieht dadurch, dass diese unter Denkmalschutz gestellt werden.

Frau Marion Halten-Bartels, welche die CDU in dem Beirat vertritt, stellt fest: „Ich musste lernen, dass die Begriffe „schön“ oder „hässlich“ kein Kriterium für den Denkmalschutz sind. Allein ob ein



Gebäude stilbildend für eine bestimmte Epoche oder die Bauweise eines bestimmten Architekten ist, entscheidet über die Schutzwürdigkeit“.

Für die Besitzer oder Erwerber bedeutet der Denkmalschutz oft eher eine Belastung statt Freude. Oft ist jede bauliche Veränderung

mit erhöhten Kosten verbunden. Im Einzelfall müssen selbst Türschlösser oder Fensterknäufe im historischen Stil erneuert werden.

Im Verlauf der letzten Jahre beschäftigte sich der Denkmalbeirat in Charlottenburg-Wilmersdorf unter anderem mit folgenden Projekten:

- Erhalt der Gasbeleuchtung
- Denkmalschutz für das Haus der Kirche am Karl-August-Platz vom Architekten Konrad Sage
- Erhalt von mindestens eines der Theater am Kurfürstendamm
- Rettung des Eckgebäudes Wilmersdorfer Straße/Haubachstraße
- Verhinderung des Abrisses der Kantgaragen
- Erhalt des Parkwächterhäuschens im Lietzensee Park

Diese sind nur einige Beispiele der erfolgreichen Arbeit des Denkmalbeirates.

FAHRRADSCHNELLWEGNETZ FÜR BERLIN

Vor einigen Wochen wurden durch die Steglitz-Zehlendorfer CDU Pläne konkretisiert, auf der Trasse der ersten Eisenbahnstrecke Preußens, welche von Potsdam nach Berlin führte – der sogenannten Potsdamer Stammbahn – das Projekt eines Fahrrad-schnellweges zu verwirklichen. Die Route soll dabei durch Servicestationen mit Toiletten, Umkleiden und Duschen, Ladesäulen für Elektrofahrräder, Fahrradverleihstationen und sowie Cafés ergänzt werden.

Die Route verlief vom ehemaligen Potsdamer Bahnhof nahe des Potsdamer Platzes über Schöneberg, Steglitz und Babelsberg nach Potsdam.

Der Gedanke mag durchaus zu überzeugen. Zwar würde der Wunsch einiger, die alte Bahnstrecke zur besseren Anbindung Potsdams an Berlin wieder zu reaktivieren, damit noch aussichtsloser erscheinen, jedoch steht außer Frage, dass dieser Aspekt Bestandteil der Planungen



der Deutschen Bahn AG ist und daher auf absehbare Zeit nicht umsetzbar sein dürfte.

Die Vorstellung, auf einem quer durch die Stadt verlaufenden Fahrradschnellweg in kürzester Zeit ebenerdig, ampel- und kreuzungsfrei das Berliner Umland mit seinen vielfältigen Ausflugsmöglichkeiten erreichen zu können, bzw. für die dortigen Pendler eine attraktive Alternative zum Auto anzubieten, klingt daher verlockend.

Während die verschiedenen Gruppen im innerstädtischen Verkehr, wie Kraftfahrer, Fahrradfahrer, Fußgänger

und ÖPNV, in einer Großstadt wie Berlin in ständigem Wettbewerb stehen, könnte mit der Verlagerung eines Teils des Radverkehrs auf Bahngelände ein überaus komfortables und für die Nutzer zudem höchst verkehrssicheres Angebot geschaffen werden.

Denkt man das Projekt weiter, ergeben sich unter Einbeziehung der Verkehrsflächen der Ringbahn für den Innenstadtbereich und damit auch für unseren Bezirk völlig neue Perspektiven.

Es ist sicher lohnenswert, auch für die hier zur Verfü-

gung stehenden Flächen eine Anbindung zu prüfen, denn zweifellos wird das Bedürfnis bei einer wachsenden Verkehrsbelastung der Innenstadt zukünftig öfter auf das Fahrrad oder den ÖPNV umzusteigen, weiterwachsen. Damit dies nicht mit einer zunehmenden Verdrängung einzelner Verkehrsteilnehmer, z.B. einer einseitigen Belastung des motorisierten Individualverkehrs einhergeht, wäre eine rasche Umsetzung der Pläne, die im Übrigen einen überschaubaren finanziellen Aufwand bedeuten würden, begrüßenswert.

Wir sind für Sie da

CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Raum 229a
Tel.: 030 / 9029-14906
Fax: 030 / 9029-14904
E-Mail: info@cdu-fraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de
Internet: www.cdu-fraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de

Impressum

V.i.S.d.P. CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf,
Susanne Klose, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Auflage: 50.000
Redaktion: Susanne Klose, Arne Herz, Ariturel Hack
Fotos: CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf
Layout: Nicole Rabe, www.grafikrabe.de